

Inhaltsübersicht

Teil A: Einleitung	1
Teil B: Die gerichtliche Praxis und die Problemstellungen des Konkurrenzschutzes im Verwaltungsrecht	6
1. Kapitel: Der verwaltungsrechtliche Konkurrenzschutz in der gerichtlichen Praxis	6
2. Kapitel: Das Konkurrenzverhältnis als spezifischer Anknüpfungspunkt für den Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht	30
3. Kapitel: Die „Beteiligung“ der öffentlichen Verwaltung und ihre Handlungsformen	44
4. Kapitel: Die Ziele des verwaltungsrechtlichen Konkurrenzschutzes	76
Teil C: Das subjektive öffentliche Recht als Kernfrage des Konkurrenzschutzes im Verwaltungsrecht	100
1. Kapitel: Der Diskussionsstand um das subjektive öffentliche Recht	100
2. Kapitel: Das Gesetz als Grundlage des subjektiven öffentlichen Rechts	172
3. Kapitel: Die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers bei der Zuerkennung sub- jektiver öffentlicher Rechte und die „normexterne“ Wirkung der Grundrechte .	284
Teil D: Die subjektiven öffentlichen Rechte der Konkurrenten	298
1. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Konkurrenten- abwehrbegehren und Fragen ihrer prozessualen Geltendmachung	298
2. Kapitel: Fiskusabwehransprüche und Fragen ihrer verfahrensrechtlichen Durchsetzung	312
3. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Begünstigungs- abwehrbegehren und ihre prozessuale Geltendmachung	358
4. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Konkurrenten- gleichstellungsbegehren und Fragen ihrer prozessualen Geltendmachung	414
5. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Konkurrenten- verdrängungsbegehren und ihre prozessuale Geltendmachung	431
6. Kapitel: Der Vorbehalt des Gesetzes im Bereich des Konkurrenzschutzes	483
Teil E: Konkurrenzschutz als Gleichheitsproblem	507
1. Kapitel: Die Bedeutung des Gleichheitssatzes für den Konkurrenzschutz	507
2. Kapitel: Strukturelle Fragen des allgemeinen Gleichheitssatzes	518
3. Kapitel: Konkurrenzschutz als Folge unzulässiger Differenzierung	531
Teil F: Zusammenfassung und Ausblick	549
Stichwortverzeichnis	585

Inhaltsverzeichnis

Teil A

Einleitung

1. Anlaß der Untersuchung	1
2. Der Ansatzpunkt für die Untersuchung	2
3. Gang der Untersuchung	4

Teil B

Die gerichtliche Praxis und die Problemstellungen des Konkurrenzschutzes im Verwaltungsrecht

1. Kapitel: Der verwaltungsrechtliche Konkurrenzschutz in der gerichtlichen Praxis	6
I. Die Problematik des Konkurrenzschutzes im beruflichen Zulassungswesen	6
1. Die Zulassung zu Anstalten und öffentlichen Einrichtungen	7
2. Berufszulassungen im engeren Sinne	8
3. Gaststättenrecht	10
4. Konkurrenz um Zulassungen im Gesundheitsbereich	10
5. Konkurrenzschutzprobleme im Güterkraftverkehr	11
6. Die Konkurrenzschutzproblematik im Handwerksrecht	12
7. Die Problematik des Konkurrenzschutzes im Hochschulwesen	13
8. Die Konkurrenzschutzproblematik im Personenbeförderungsrecht	15
9. Die Bestellung von Sachverständigen	15
II. Konkurrenzschutz bei der Erfüllung unterschiedlicher öffentlicher Aufgaben durch die Verwaltung	16
1. Konkurrenzschutzprobleme bei staatlicher Informationstätigkeit	16
2. Konkurrenzschutz beim Vollzug des Ladenschlußgesetzes	18
3. Konkurrenzschutz beim Vollzug des Schulrechts	18
4. Der Konkurrenzschutz anläßlich des Vollzugs gesundheits- rechtlicher Vorschriften	19
III. Konkurrenzschutz bei der Vergabe von Beihilfen	19
1. Beihilfen im Gesundheitswesen	20
2. Konkurrenzschutz bei der Förderung von Privatschulen	20

3. Konkurrenzschutz und Wirtschaftssubventionen	20
4. Konkurrenzschutz bei sonstigen Leistungen	22
IV. Konkurrenzschutz bei der Teilnahme der öffentlichen Hand am Wirtschaftsverkehr	22
1. Konkurrenzprobleme um die Vergabe öffentlicher Aufträge	22
2. Konkurrenzschutz vor der öffentlichen Hand	25
V. Die Konkurrenzschutzproblematik im Beamtenrecht	26
1. Beförderungskonkurrenz	26
2. Anstellungskonkurrenz	27
VI. Konkurrenzschutz und Kartellrecht	28
VII. Konkurrenzschutz im Steuerrecht	28
2. Kapitel: Das Konkurrenzverhältnis als spezifischer Anknüpfungspunkt für den Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht	30
I. Das „Konkurrenzverhältnis“	30
1. Begriffsbestimmung	30
a) Beschränkung auf horizontale Konkurrenzverhältnisse	33
b) Wettbewerb als Verteilungsproblem	34
2. Konkurrenzverhältnisse in den Beispielsfällen	35
a) Berufliches Zulassungswesen	35
b) Konkurrenzverhältnisse im Zusammenhang mit der Erfüllung unspezifischer öffentlicher Aufgaben	36
c) Konkurrenzverhältnisse bei der Vergabe von Beihilfen	37
d) Konkurrenzverhältnisse angesichts der Teilnahme der öffentlichen Hand am Wirtschaftsverkehr	37
e) Konkurrenzverhältnisse im Beamtenrecht	37
f) Konkurrenzverhältnisse im Kartellrecht	38
g) Konkurrenzverhältnisse im Steuerrecht	38
II. Die Abgrenzung des Konkurrenzverhältnisses im Einzelfall	38
1. Keine Identität zwischen Konkurrentenstatus und subjektiven Rechten	39
2. Die normative Strukturierung von Konkurrenzverhältnissen	39
a) Zulassungsverfahren	40
b) Konkurrenzverhältnis aufgrund zulässiger Zielform	41
3. Kapitel: Die „Beteiligung“ der öffentlichen Verwaltung und ihre Handlungsformen	44
I. Die Beteiligung der öffentlichen Verwaltung an Konkurrenzverhältnissen	44
1. Der Begriff der „öffentlichen Verwaltung“	45

a) Träger öffentlicher Gewalt	45
b) Abgrenzung zu anderen Staatsgewalten	45
c) Keine weitere Eingrenzung	49
2. Die „Beteiligung“ am Konkurrenzverhältnis	49
II. Die Handlungsformen bei der Einwirkung der Verwaltung	52
1. Der Verwaltungsakt als Mittel der Verwaltungsintervention	54
a) Kein zielgerichtetes Handeln erforderlich	58
b) Qualitative Anforderungen an die Ambivalenz?	58
c) Die Rechtsbetroffenheit als Kriterium des Verwaltungsakts mit Doppelwirkung?	60
2. Beteiligung mittels öffentlich-rechtlichem Vertrag	60
3. Die Beteiligung durch schlicht-hoheitliches Handeln	66
4. Die „Verteilungshandlung“ im Rahmen des Verwaltungsprivatrechts .	68
a) Allgemeines	68
b) Die Einordnung der Beispiele	68
5. Beteiligung durch fiskalisches Handeln	72
a) Die Doppelwirkung öffentlicher Auftragsvergabe	72
b) Die Doppelwirkung der konkurrenzwirtschaftlichen Betätigung der Verwaltung	74
6. Bedeutung der Handlungsformen für die weitere Untersuchung	76
4. Kapitel: Die Ziele des verwaltungsrechtlichen Konkurrenzschutzes	76
I. Ausrichtung auf den gerichtlichen Rechtsschutz	76
II. Die Differenzierung nach Anspruchszielen	79
1. Konkurrentenabwehransprüche	81
2. Fiskusabwehransprüche	82
3. Begünstigungsabwehransprüche	84
4. Konkurrentengleichstellungsansprüche	86
a) Abgrenzung der Konkurrenzschutzansprüche von sonstigen Leistungsbegehren	86
b) Abgrenzung zu den Konkurrentenverdrängungsansprüchen	92
c) Die „eigentlichen“ Konkurrentengleichstellungsansprüche	92
5. Konkurrentenverdrängungsansprüche	94

Teil C**Das subjektive öffentliche Recht als Kernfrage
des Konkurrenzschutzes im Verwaltungsrecht**

1. Kapitel: Der Diskussionsstand um das subjektive öffentliche Recht	100
I. Das subjektive öffentliche Recht unter dem Blickwinkel der Schutznormtheorie	100

1. Begriffsbestimmung	100
a) Die historische Entwicklung	100
b) Systematisierung subjektiver öffentlicher Rechte	102
c) Das rechtlich geschützte Individualinteresse	103
d) Das Recht auf fehlerfreien Ermessensgebrauch	104
e) Das Kriterium der „Rechtsmacht“	104
f) Keine subjektiven öffentlichen Rechte des Staates	106
2. Die Bestimmung der subjektiven öffentlichen Rechte mit Hilfe der Schutznormtheorie	107
a) Der Ursprung der Schutznormtheorie	107
b) Der gegenwärtige Stand der Schutznormbestimmung	107
aa) Auslegung nach dem Wortlaut	109
bb) Systematische Auslegung	110
cc) Teleologische Auslegungsmethode	112
dd) Historische Auslegung	113
ee) Die Bedeutung des Verfassungsrechts für die Auslegung	113
ff) Die Gestaltungsfreiheit des Normgebers	114
c) Die Grundrechte als subjektive öffentliche Rechte	115
d) Keine Übernahme der zivilrechtlichen Schutznormtheorie	118
3. Die praktische Bedeutung der Schutznormtheorie	118
 II. Die Schutznormtheorie und der verwaltungsrechtliche Konkurrenzschutz	120
1. Der „Konkurrentenabwehranspruch“ im Lichte der Schutznormtheorie	121
a) Rechtberatende Berufe und Tätigkeiten	121
b) Gaststättenrecht	122
c) Gesundheitswesen	122
d) Handwerksrecht	123
e) Verkehrsrecht	124
f) Sachverständigenwesen	124
2. Der Fiskusabwehranspruch	126
a) Fiskusabwehranspruch zur Verhinderung staatlicher Konkurrenz	127
b) Fiskusabwehranspruch zur Verhinderung der Konkurrenz von Trägern mittelbarer Staatsverwaltung	128
c) Fiskusabwehransprüche gegenüber der Art und Weise konkurrenzwirtschaftlicher Betätigung	131
3. Der Begünstigungsabwehranspruch und die Schutznormtheorie	132
a) Behördliche Informationstätigkeit	133
b) Steuerrecht	134
c) Begünstigungsabwehransprüche angesichts der Gewährung von Wirtschaftssubventionen	135
d) Kartellrecht	135
e) Sonstige verteilungslenkende Verwaltungsmaßnahmen	138
4. Der Konkurrentengleichstellungsanspruch im Spiegel der herrschenden Meinung	140
a) Kartellrecht	140

b) Steuerrecht	141
c) Sonstige Fälle von Konkurrentengleichstellungsansprüchen	142
5. Der Konkurrentenverdrängungsanspruch im Lichte der Schutznormtheorie	142
a) Berufliches Zulassungswesen	143
b) Öffentliche Auftragsvergabe	148
c) Beamtenrecht	150
III. Die Kritik an der Schutznormtheorie	153
1. Einwände gegen den Ansatz zur Bestimmung des subjektiven öffentlichen Rechts	153
a) Schutznormtheorie als Produkt des Konstitutionalismus	153
b) Technische Einwände	154
c) Problem der Abgrenzbarkeit des Personenkreises	154
d) Einwände gegen den abstrakt-generellen Ansatz der Schutznormtheorie	155
e) Unmittelbarer Rückgriff auf die Grundrechte?	155
f) Die Sonderrolle der allgemeinen Handlungsfreiheit	156
g) Sonstige Einwände	156
2. Der Gedanke der ausschließlichen Bedeutung der Grundrechts-betroffenheit	157
a) Der Ansatz	157
b) Kritik	158
c) Fazit	160
3. Der Repräsentationsgedanke und verwandte Ansätze	161
a) Der Ansatz	161
b) Kritik	162
c) Würdigung	164
4. Das subjektive Recht und die Rechtsweggarantie	164
a) Der Ansatz	164
b) Würdigung	165
5. Die Kritik am subjektiven öffentlichen Recht.	
Die Theorie vom einheitlichen Rechtsverhältnis	166
a) Ansatz	166
b) Kritik	168
c) Würdigung	168
6. Fazit	171
2. Kapitel: Das Gesetz als Grundlage des subjektiven öffentlichen Rechts	172
I. Die Bedeutung des Gesetzes für die Bestimmung des subjektiven öffentlichen Rechts	173
1. Subjektiv-rechtliche Vorgaben der Grundrechte	174
a) Die Grundrechte als Abwehrrechte	174

aa) Schutzbereich und Anspruchsinhalt	175
bb) Einschränkbarkeit der Freiheitsrechte	178
cc) Wesensgehaltsgarantie	180
b) Der leistungsrechtliche Gehalt der Grundrechte	181
c) Das subjektive öffentliche Recht auf Erfüllung objektiv-rechtlicher Schutzpflichten	183
aa) Stand der Grundrechtsdogmatik	183
bb) Keine Erweiterung grundrechtlicher Gewährleistungsbereiche	185
cc) Schutzpflichtkonkretisierung als Auslegungsmaxime	185
d) Der subjektiv-rechtliche Gehalt als Strukturmerkmal der Grundrechte	188
2. Das Gesetz und die normimmanente Direktiven der Grundrechte	189
a) Die grundrechtsrelevanten Funktionen des Gesetzes	189
aa) Allgemeines	189
bb) Kategorien grundrechtsrelevanter Gesetze	193
aaa) Das grundrechtsbegrenzende Gesetz	194
bbb) Das kollisionslösende Gesetz	196
ccc) Das grundrechtsausgestaltende Gesetz	199
ddd) Das Gesetz als Erfüllung grundrechtlicher Schutzpflichten	200
b) Die normimmanente Wirkung der Grundrechte als Ansatzpunkt für die Frage nach dem subjektiven öffentlichen Recht	200
aa) Die normimmanente Wirkung der Grundrechte	202
bb) Entscheidende Bedeutung des objektiven Regelungsgehalts	207
aaa) Stand von Literatur und Rechtsprechung	207
bbb) Folgerungen	208
c) Der objektive Regelungsgehalt des Gesetzes im Spannungsfeld seiner grundrechtlichen Direktiven	210
aa) Der objektive Regelungsgehalt aus individualrechtlicher Sicht	210
bb) Die Notwendigkeit gesetzlicher Abstraktion	211
cc) Folgerungen	212
d) Die individuelle Grundrechtsbetroffenheit als Voraussetzung normimmanenter Wirkung	214
aa) Das grundrechtsbeschränkende Gesetz als Beschränkung individueller Rechtspositionen in zweiseitigen Verwaltungsrechtsverhältnissen	214
bb) Das kollisionslösende Gesetz und Grundrechtsbetroffenheit im Rahmen polygonaler Rechtsverhältnisse	215
cc) Grundrechtsbetroffenheit und die gesetzliche Ausgestaltung von Grundrechten	219
e) Fazit	222
II. Die Nichtanwendung einfachen Rechts als Schutznormverletzung	222
1. Der „Eingriff“	226
a) Begriffsbestimmung	226

b)	Der Gedanke der Verantwortlichkeit	228
c)	Zurechnungskriterien	230
aa)	Unmittelbarkeitserfordernis	232
bb)	Finalität	233
cc)	Kriterium der „Schwere“	234
d)	Gesamtbewertung erforderlich	236
2.	Subjektive öffentliche Rechte bei der Aktualisierung gesetzlicher Grundrechtsschranken in zwei- und mehrseitigen Verwaltungsrechtsverhältnissen	238
3.	Subjektive öffentliche Rechte in polygonalen Rechtsverhältnissen bei der Aktualisierung von objektiven Grundrechtsgehalten und Schutzpflichtkonkretisierungen	244
a)	Das Problem	244
b)	Die subjektiv-rechtliche Dimension schutzpflicht-konkretisierender Gesetze	248
c)	Die Rolle der Verwaltung bei der Umsetzung gesetzlicher Schutzpflichtkonkretisierungen	253
d)	Die Einordnung des „Gebots der Rücksichtnahme“	267
4.	Das grundrechtsrelevante Verfahrensrecht	270
a)	Die Verbindung zwischen Verwaltungsverfahren und Individualinteresse	270
b)	Das subjektive öffentliche Recht auf Beachtung grundrechts-relevanten Verfahrensrechts	272
aa)	Potentielle Schutzvorschriften des Verwaltungsverfahrens	272
bb)	Konkreter Schutznormcharakter	274
aaa)	Maßgeblichkeit der materiellen Rechtsbetroffenheit	274
bbb)	Individuelle Verfahrensbetroffenheit	275
ccc)	Ergebnisunabhängigkeit verfahrensrechtlicher Schutznormen	276
ddd)	Heilungsmöglichkeit	277
III.	Subjektive öffentliche Rechte aufgrund gesetzgeberischer Dezision	278
IV.	Zwischenergebnis: Die Systematik einer einheitlichen „Konstruktion“ von Schutznormen	281
1.	Potentielle Schutznormen	281
2.	Konkrete Schutznormen	282
a)	Grundrechtsbetroffenheit	282
b)	„Eingriff“ aufgrund Unmittelbarkeit, Finalität und Intensität behördlichen Verhaltens	282
3.	Kapitel: Die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers bei der Zuerkennung subjektiver öffentlicher Rechte und die „normexterne“ Wirkung der Grundrechte	284
I.	Die „normexterne“ Wirkung der Grundrechte	284

I.	Abschließende Bedeutung grundrechtsrelevanter Gesetze	284
2.	Die Grundrechte als Grundlage subjektiver öffentlicher Abwehrrechte in zweiseitigen Verwaltungsrechtsverhältnissen	285
3.	Die Grundrechte als Grundlage subjektiver öffentlicher Abwehrrechte in dreiseitigen und polygonalen Rechtsverhältnissen	287
4.	Die Grundrechte als Anspruchsgrundlagen auf behördliches Tätigwerden	290
II.	Die Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers bei der Zuerkennung subjektiver öffentlicher Rechte	291
1.	Gegenstände der Entscheidungsfreiheit im grundrechtsrelevanten Bereich	292
a)	Die Entscheidung über das „Ob“ einer Regelung	292
b)	Die Gestaltungsfreiheit bei der Bestimmung effektiver Schutzbereiche	292
2.	Das Gebot effektiven Rechtsschutzes als Schranke der Gestaltungsfreiheit	293
3.	Gestaltungsfreiheit im nicht grundrechtsrelevanten Bereich	297

Teil D**Die subjektiven öffentlichen Rechte der Konkurrenten**

I.	Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Konkurrentenabwehrbegehren und Fragen ihrer prozessualen Geltendmachung	298
I.	Der Umfang materieller Konkurrentenabwehransprüche	298
1.	Konkurrentenabwehransprüche aufgrund der normimmanenter Wirkung von grundrechtlich geschützten Interessen	298
a)	Keine grundrechtlich geschützten Interessen der Altunternehmer	298
b)	Sonderfall: Monopolgewährung	302
c)	Einzelfälle	302
d)	Unspezifische Ansatzpunkte für einen Konkurrentenabwehranspruch	304
2.	Konkurrentenabwehransprüche aufgrund gesetzgeberischer Gestaltungsentscheidung	304
II.	Gemeinschaftsrechtliche Direktiven für die Ausgestaltung von Konkurrentenabwehransprüchen	309
III.	Verfahrensverfahren	310
IV.	Prozessuale Fragen	310

2. Kapitel: Fiskusabwehransprüche und Fragen ihrer verfahrensrechtlichen Durchsetzung	312
I. Der Umfang von Fiskusabwehransprüchen	312
1. Allgemeines	312
a) Interessenlage	312
b) Der Stand der Diskussion	313
2. Fiskalgeltung der Grundrechte	315
3. „Eingriff durch Konkurrenz“	316
a) Die Eingriffsgeeignetheit konkurrenzwirtschaftlicher Betätigung und potentielle Schutznormen	316
aa) Berufsfreiheit	317
bb) Wettbewerbsfreiheit	319
cc) Die Rechtsstellungsgarantie nach Art. 14 I GG	322
dd) Einzelfälle von Konkurrenzschutznormen	324
b) Konkreter Konkurrenzschutzcharakter und Eingriff	325
aa) Grundrechtsbetroffenheit	325
bb) Eingriff	326
aaa) Unmittelbarkeit	326
bbb) Finalität	327
ccc) Schwere	327
c) Rechtsfolgen	330
4. Die Rolle des Wettbewerbsrechts	331
a) Abgrenzung zum öffentlichen Recht	331
b) Rechtsfolgen	339
aa) Kartellrecht	339
bb) UWG	340
5. Gemeinschaftsrecht als Grundlage von Fiskusabwehransprüchen	341
a) Unmittelbare Beteiligung am Wettbewerb	341
aa) Art. 37 EWGV	341
bb) Kartellrecht	342
cc) Grundfreiheiten	344
dd) Sekundäres Gemeinschaftsrecht	347
b) Öffentliche Unternehmen	347
II. Prozessuale Geltendmachung	349
1. Die Problematik des Rechtsweges	349
a) Verwaltungsrechtsweg	349
b) Ordentlicher Rechtsweg	350
c) Sozialrechtsweg	351
2. Prozessuale Probleme bei der Geltendmachung von Fiskusabwehransprüchen	351
a) Behandlung unterschiedlicher Streitgegenstände	351
b) Statthafte Klagearten	352
aa) Verwaltungsrechtsweg	352
bb) Ordentlicher Rechtsweg	352

3. Verfassungsbeschwerde	352
a) Das Problem	352
b) Die Formel vom „spezifischen Verfassungsrecht“	353
c) Effektiver Rechtsschutz auch für (Grund)Rechtsverletzungen	355
aa) Funktionell-rechtliche Grenzziehung	355
bb) Ausformung des einfachen Rechts durch die Grundrechte	356
cc) Willkürkontrolle	356
4. Besonderheiten bei der Geltendmachung europarechtlich begründeter Konkurrenzschutzzansprüche	357
a) Durchsetzung des europäischen Kartellrechts	357
b) Vorabentscheidung nach Art. 177 EWGV	357
 3. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Begünstigungsabwehrbegehren und ihre prozessuale Geltendmachung	358
I. Ansprüche auf Begünstigungsabwehr	358
1. Zur Struktur der Ansprüche	358
2. Begünstigungsabwehransprüche im Zusammenhang mit staatlicher Informationsfähigkeit	360
a) Allgemeines	360
b) Betroffene Grundrechtsbereiche und potentielle Schutznormen	362
c) Eingriff und konkrete Schutznormqualität	363
aa) Finalität	364
bb) Unmittelbarkeit	365
cc) Intensität	366
d) Rechtsfolgen	367
e) Einfachgesetzlich verliehene Rechte/Ansprüche	369
3. Steuerrecht	369
a) Potentielle Schutznormen	370
aa) Art. 12 I GG, insbesondere Wettbewerbsfreiheit	371
bb) Art. 14 I GG	371
cc) Art. 3 I GG	372
dd) Potentielle Konkurrenzschutznormen im einzelnen	372
b) Konkrete Schutznormen	373
aa) Unmittelbarkeit	373
bb) Finalität	373
cc) „Schwere“	374
c) Rechtsfolgen	374
4. Begünstigungsabwehransprüche gegenüber der Gewährung von Beihilfen und Wirtschaftssubventionen	375
a) Zur Grundrechtsrelevanz von Subventionsgewährungen Exkurs: Das Gleichbehandlungsgebot als Grundlage von Begünstigungsabwehransprüchen	375
377	
b) Potentielle Konkurrenzschutznormen	379
c) Konkrete Konkurrenzschutznormen	379
aa) Grundrechtsbetroffenheit	380

bb) Die Zurechnungsproblematik – der „Eingriff“	383
aaa) Unmittelbarkeit	383
bbb) Finalität	384
ccc) Kriterium der „Schwere“	384
d) Subjektive öffentliche Rechte auf europarechtlicher Grundlage	385
aa) Die Beihilferegelungen	385
bb) Grundfreiheiten	387
e) Rechtsfolgen	388
aa) Gesetzesakzessorische Verwaltung	388
bb) Gesetzesfreie Verwaltung	388
5. Kartellverwaltungsrecht	389
6. Sonstige verteilungsenkende Verwaltungshandlungen	389
a) Potentielle Schutznormen	390
b) Konkrete Schutznormen	390
aa) Grundrechtsbetroffenheit	391
bb) Eingriff	392
c) Rechtsfolgen	392
II. Folgerungen für das Verwaltungsverfahren	393
1. Die verfahrensrechtliche Berücksichtigung von Begünstigungs-abwehransprüchen bei der öffentlichen Informationstätigkeit	393
2. Verwaltungsverfahrensrechtliche Fragen im Steuerrecht	393
3. Verwaltungsverfahrensrechtliche Fragen bei der Gewährung von Wirtschaftssubventionen	395
a) Beteiligung der Konkurrenten	395
b) Vorverfahren	396
c) Öffentlich-rechtlicher Vertrag	396
III. Prozessuale Geltendmachung im nationalen Recht	397
1. Zulässiger Rechtsweg und statthafte Klagearten	397
a) Staatliche Informationstätigkeit	397
b) Steuerrecht	397
c) Subventionen	398
d) Kartellverwaltungsrecht	399
2. Klagebefugnis	400
a) Erweiterung der Klagebefugnis vor allem im Steuerrecht	400
b) Notwendige Einschränkungen der Klagebefugnis am Beispiel einer subventionsrechtlichen Begünstigungsabwehrklage	401
c) Sonderfall: Kartellverwaltungsrecht	403
3. Sonstige prozessuale Fragen	404
a) Beiladung	404
aa) Staatliche Informationstätigkeit	404
bb) Steuerrecht	404
cc) Subventionsgewährung	405
b) Fristen	405
4. Begünstigungsabwehransprüche vor dem EuGH	405

Exkurs: Begünstigungsabwehransprüche gegen Gemeinschaftsorgane	406
I. Verteilungslenkende Interventionen durch die Begünstigung eines Konkurrenten	408
1. Beihilfen der EG	408
2. Referenzmengenzuteilung	409
3. Kartellrechtliche Freistellungen	410
4. Die Mitwirkung europäischer Organe an nationaler Verteilungs- lenkung	410
II. Verwaltungsverfahrensrechtliche und prozessuale Fragen bei der Durchsetzung von Begünstigungsabwehransprüchen	411
1. Statthafte Klageart	411
a) Nichtigkeitsklage nach Art. 173 EWGV	411
b) Nichtigkeitsklage nach Art. 33, 34 EGKSV	411
2. Klagebefugnis	412
3. Fristen	413
4. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Konkurrentengleichstellungsbegehren und Fragen ihrer prozessuellen Geltendmachung	414
I. Der Umfang materieller Konkurrentengleichstellungsansprüche .	414
1. Allgemeines	414
2. Konkurrentengleichstellungsansprüche im Kartellrecht	416
a) Potentiell konkurrenzschützende Normen	416
b) Konkreter Schutznormcharakter	419
aa) Grundrechtsbetroffenheit	419
bb) Eingriff	419
c) Rechtsfolgen	421
3. Sonstige Konkurrentengleichstellungsansprüche	422
a) Potentielle Schutznormen	422
b) Konkrete Schutznormen	423
aa) Grundrechtsbetroffenheit	423
bb) Eingriff	423
II. Folgerungen für das Verwaltungsverfahren	424
1. Verfahren vor den Kartellbehörden	425
2. Verwaltungsverfahrensrechtliche Aspekte sonstiger Konkurrenten- gleichstellungsansprüche	426
III. Gerichtliche Durchsetzung von Konkurrentengleichstellungs- ansprüchen	426
1. Kartellrecht	426
2. Gerichtliche Durchsetzung sonstiger Konkurrentengleichstellungs- ansprüche	427

a) Rechtsweg	427
b) Klageart	427
c) Beiladung	427
d) Vorläufiger Rechtsschutz	428
Exkurs: Konkurrentengleichstellungsansprüche gegenüber europäischen Organen	428
I. Kartellrechtliche Befugnisnormen als Anspruchsgrundlage	428
II. Verwaltungsverfahren	429
III. Prozessuale Probleme	430
1. Statthafte Klageart	430
2. Einstweiliger Rechtsschutz	431
 5. Kapitel: Subjektive öffentliche Rechte im Bereich der Konkurrentenverdrängungsbegehren und ihre prozessuale Geltendmachung	431
I. Der Umfang von Konkurrentenverdrängungsansprüchen	431
1. Der Bereich des beruflichen Zulassungswesens	432
a) Potentielle Schutznormen im Bereich der Berufszulassung	432
b) Konkrete Schutznormen	434
aa) Grundrechtsbetroffenheit	434
bb) Unmittelbarkeit	436
cc) Finalität	436
c) Rechtsfolgen	438
aa) Anspruchsinhalt	438
bb) Funktionell-rechtliche Grenzen?	439
cc) Erlöschen des Anspruchs	440
2. Konkurrentenverdrängungsansprüche bei der Teilnahme der öffentlichen Verwaltung am Geschäftsverkehr	441
a) Allgemeines	441
b) Die Grundrechtsrelevanz der öffentlichen Auftragsvergabe	443
aa) Schutzbereich der Berufsfreiheit bei „einfacher“ Marktteilnahme	444
bb) Marktbeherrschende Stellung des öffentlichen Auftraggebers	445
cc) Fazit	446
c) Potentielle Schutznormen	447
Exkurs: Wettbewerbsrecht	449
d) Konkrete Schutznormqualität	450
aa) Grundrechtsbetroffenheit	450
bb) Eingriffsqualität der Auftragsvergabe	450
e) Rechtsfolgen	451
3. Konkurrentenverdrängungsansprüche im Beamtenrecht	452
a) Die potentiell betroffenen Grundrechte	452

aa)	Berufsfreiheit	452
bb)	Art. 33 II GG	453
cc)	Potentielle Konkurrenzschutznormen im einzelnen	455
b)	Konkreter Schutznormcharakter	455
aa)	Unmittelbarkeit	456
bb)	Finalität	456
c)	Rechtsfolgen	456
4.	Europarechtliche Grundlagen von Konkurrentenverdrängungsansprüchen	459
a)	Hochschulzulassung	459
b)	Verkehr	461
c)	Die Vergabe öffentlicher Aufträge	462
aa)	Rechtslage für öffentliche Lieferaufträge	462
bb)	Rechtslage für die Vergabe von Dienstleistungen	463
cc)	Subjektive öffentliche Rechte aufgrund von die Auftragsvergabe steuernden Richtlinien	463
d)	Beamtenrechtliche Konkurrentenverdrängungsansprüche	467
II.	Folgerungen für das Verwaltungsverfahren	468
1.	Berufliches Zulassungswesen	468
2.	Vergabe öffentlicher Aufträge	469
3.	Beamtenrecht	470
a)	Keine Aufspaltung der Verwaltungsverfahren	470
b)	Ausschreibung	470
c)	Begründung der Auswahlentscheidung	471
III.	Prozessuale Fragen bei der Durchsetzung von Konkurrentenverdrängungsansprüchen	472
1.	Rechtsweg und statthafte Anträge	472
a)	Berufliches Zulassungswesen	472
b)	Öffentliche Auftragsvergabe	474
c)	Beamtenrecht	476
2.	Sonstige verwaltungsprozessuale Fragen	477
a)	Klagebefugnis	477
b)	Fristlauf	478
c)	Beiladung	478
aa)	Abgeschlossene Verteilung	478
bb)	Vor der Verteilungsentscheidung	479
d)	Rechtsschutzbedürfnis	479
e)	Vorläufiger Rechtsschutz	480
aa)	Statthafte Anträge	480
bb)	Keine Vorwegnahme der Hauptsache	480
3.	Ordentlicher Rechtsweg	481
4.	Anrufungsmöglichkeiten des EuGH	481
	Exkurs: Konkurrentenverdrängungsansprüche gegenüber europäischen Organen	481

I. Öffentliche Auftragsvergabe der EG	481
II. Beamtenrecht der EG	482
6. Kapitel: Der Vorbehalt des Gesetzes im Bereich des Konkurrenzschutzes	483
I. Die Reichweite des Gesetzesvorbehalts	484
II. Der Vorbehalt des Gesetzes im Spannungsfeld zwischen gesetzgeberischer Abstraktion und Einzelfallbezogenheit	488
III. Das Gesetz als maßgebliches Instrument zur Steuerung von Verteilungsentscheidungen	493
1. Der Vorbehalt des Gesetzes für die konkurrenzwirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Verwaltung	494
2. Der Vorbehalt des Gesetzes und die Begünstigungsabwehransprüche	496
a) Staatliche Informationstätigkeit	496
b) Subventionsvergabe	497
c) Steuervergünstigungen	502
3. Der Vorbehalt des Gesetzes und die Konkurrentengleichstellungsansprüche	503
4. Der Vorbehalt des Gesetzes und die Konkurrentenverdrängungsansprüche	503
a) Berufliches Zulassungswesen	503
b) Auftragsvergabe	504

Teil E**Konkurrenzschutz als Gleichheitsproblem**

1. Kapitel: Die Bedeutung des Gleichheitssatzes für den Konkurrenzschutz	507
I. Konkurrenzschutz und die Abwehr von Ungleichbehandlungen	507
1. Begünstigungsabwehransprüche	507
2. Konkurrentenverdrängungsansprüche	508
3. Fiskusabwehransprüche	509
4. Konkurrentenabwehransprüche	510
5. Konkurrentengleichstellungsansprüche	510
II. Die Konnexität von Freiheit und Gleichheit im Bereich des verwaltungsrechtlichen Konkurrenzschutzes	511
1. Fragestellung	511
2. Freiheit und Gleichheit als Grundlage von Begünstigungsabwehransprüchen	511

3. Der Einfluß von Freiheit und Gleichheit auf die Anerkennung von Konkurrentenverdrängungsansprüchen	515
a) Berufliches Zulassungswesen	516
b) Öffentliche Auftragsvergabe	517
c) Beamtenrecht	517
III. Zwischenergebnis	517
2. Kapitel: Strukturelle Fragen des allgemeinen Gleichheitssatzes	518
I. Der Gewährleistungsbereich des Gleichheitssatzes	518
1. Der Gesetzgeber als Adressat	519
2. Maßstab für die Verwaltung	519
3. Der Gleichheitssatz als „präformiertes“ Grundrecht	520
II. Die inhaltliche Offenheit des Gleichheitssatzes	520
III. Freiheitsrechte als Maßstab zur inhaltlichen Anreicherung des Gleichheitssatzes	524
3. Kapitel: Konkurrenzschutz als Folge unzulässiger Differenzierung	531
I. Differenzierungsprobleme im Vorfeld von Konkurrenten-abwehransprüchen	534
II. Differenzierungsprobleme im Vorfeld von Fiskus-abwehransprüchen	535
1. Allgemeines	535
2. Die „schlichte“ konkurrenzwirtschaftliche Betätigung	535
3. Die „privilegierte“ Teilnahme am Wettbewerb	536
III. Differenzierungsprobleme im Vorfeld von Begünstigungs-abwehransprüchen	537
1. Staatliche Informationstätigkeit	537
2. Wirtschaftssubventionen	539
3. Steuervergünstigungen	540
IV. Differenzierungsprobleme im Vorfeld von Konkurrenten-gleichstellungsansprüchen	541
V. Differenzierungsprobleme im Vorfeld von Konkurrenten-verdrängungsansprüchen	542
1. Berufliches Zulassungswesen	543
2. Differenzierung bei der öffentlichen Auftragsvergabe	545
a) Auftragsvergabe bei fehlender Marktmacht	545
b) Auftragsvergabe bei marktbeherrschender Stellung	546
3. Beamtenrecht	547

Teil F

Zusammenfassung und Ausblick

I. Zusammenfassung zur Konzeption des subjektiven öffentlichen Rechts	549
II. Verwaltungsrechtlicher Konkurrenzschutz als Garantie beruflicher Chancengleichheit	563
Literaturverzeichnis	569
Stichwortregister	585